

PRESSEINFORMATION

Kiel, d. 23.01.2002

Silke Hinrichsen

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 19 Projekt Schulen als rauchfreie Zonen (Drs. 15/1398)

Natürlich sind wir uns alle einig, dass wir Nikotin und Alkohol weitgehend aus den Schulen fernhalten müssen. Es geht darum, dass Schülerinnen und Schüler erfahren, dass Zigaretten und Alkohol problematisch sind, und es geht darum dass Lehrerinnen und Lehrer eine Vorbildfunktion für Kinder und Jugendliche haben. Allerdings ziehen wir daraus nicht die selben Konsequenzen wie die CDU. Denn wir meinen aus mehreren Gründen, dass es nicht einer Verordnung der Landesregierung bedarf, wie ihn die CDU sich wünscht.

1. Schulleiterinnen und Schulleiter können heute schon die Spielregeln in Bezug auf das Rauchen an der einzelnen Schule bestimmen und tun dieses selbstverständlich auch.
2. Wir glauben nicht, dass es möglich ist, an den Schulen ein totales Rauchverbot durchzusetzen, weil dort neben Schülerinnen und Schülern auch Lehrerinnen und Lehrer verkehren. Es macht keinen Sinn, das Rauchen in Lehrerzimmern auf diesem Weg zu untersagen, weil die sofortige Einführung einer Ausnahmeregelung so sicher wäre wie der Tod. Wie im Rest der Drogenpolitik ist es zunächst sinnvoll, den Realitäten ins Auge zu sehen; und die sind, dass Lehrerinnen und Lehrer in Bezug auf das Rauchen keine besseren Menschen sind. Wir können ihnen auch nicht abverlangen, dass sie das Rauchen beenden, bevor sie in den Schuldienst eintreten. Jeder Kriminologe wird ihnen aber bestätigen, dass ein vollzugsdefizitäres Verbot – also ein Verbot das nicht durchgesetzt werden kann – kontraproduktiv wirkt und die drogenpolitische Zielsetzung lediglich untergräbt.

3. Menschliche Vernunft lehrt: Verdrängung allein reicht nicht aus. Wenn das Rauchen per Ukas im ganzen Schulgebäude, im Schulhof und bei Schulveranstaltungen verboten wird, dann werden die Raucherinnen und Raucher sich eben an der Grenze zum Schulgebäude, neben dem Schulhof und außerhalb von Schulveranstaltungen aufhalten, ohne dass dies eine präventive Wirkung hat. Ich glaube nicht, dass damit etwas gewonnen ist. Drogenpolitisch gesehen sogar eher im Gegenteil.

Also: Es ist richtig, dass die Einstellungen der Kinder und Jugendlichen und der Lehrerinnen und Lehrer verändert werden müssen, wenn man den Einstieg in die Nikotinabhängigkeit vermeiden und den Ausstieg erleichtern will. Es ist aber naiv zu glauben, dass man eine solche Veränderung der Akzeptanz des Rauchens am besten durch ein Verbot erreicht. Wir brauchen einen umfangreicheren, breiteren Einsatz gegenüber Zigaretten und Nikotin an jeder Schule, wenn wir wirklich die Zahl der Raucherinnen und Raucher reduzieren wollen. Das einzige, was wirklich Sinn macht, ist an den Schulen im Dialog der Beteiligten eine eigene Nikotin- und Alkoholpolitik zu entwickeln. Jede Schule soll ihren eigenen Weg für den Umgang mit diesen Drogen finden. Dadurch sichert man am besten, dass diese Politik Akzeptanz findet und von möglichst vielen unterstützt wird. Dafür können wir aber eben nicht ein Verbot per ministerielle Verordnung gebrauchen.

Die CDU hat ihren Antrag „Neue Wege in der Drogenpolitik“ genannt. Das zeigt, dass ihr der tiefere Sinn des gemeinsamen Antrags verborgen blieb, den wir vor gut einem Jahr beschlossen haben. Bei den Neuen Wegen geht gerade darum, dass bestimmte „traditionelle“ drogenpolitische Instrumente allenfalls eine begrenzte vorbeugende Wirkung entfalten und im Sinne des Gesundheitsschutzes sogar sehr kontraproduktiv wirken können. Zu diesen Mitteln gehören Verbote und Zwang. Eine Drogenpolitik die maßgeblich auf diese Prinzipien baut mag zwar schlichte Gemüter beruhigen, weil sie den Alltagsvorstellungen entgegenkommt. Drogenpolitische Probleme lösen tut sie aber bestimmt nicht. Eben deshalb müssen wir ja auch neue Wege gehen. Die CDU hat immer noch nicht verstanden, dass man seine Mittel hinterfragen muss, wenn die Wirkung nicht zufriedenstellend ist. Wie überall im Leben muss man ein anderes Werkzeug wählen, wenn das, was man in der Hand hat, nicht greift. In dieser Hinsicht haben wir alle noch viel zu lernen, und deshalb freue ich mich auch auf unsere drogenpolitischen Anhörungen, die am Montag beginnen.